

Streik im öffentlichen Dienst: 250 Teilnehmer fordern faire Löhne!

In Verden demonstrierten am 16.02.2025 rund 250 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



Verden, Deutschland -

Am 16. Februar 2025 fanden in Verden, Landkreis Verden, rund 250 Teilnehmende an einem ganztägigen Warnstreik und einer Kundgebung statt, die von der Gewerkschaft Verdi organisiert wurden. Ursprünglich wurde mit etwa 100 Teilnehmern gerechnet. Die Demonstrierenden kamen aus verschiedenen Bereichen wie kommunalen Verwaltungen, Kitas, der Kreissparkasse sowie der Aller-Weser-Klinik.

Die Streikenden stellten ihre Kernforderungen klar: Sie fordern eine Anhebung der Einkommen um 8 % oder zumindest um 350

Euro monatlich, flexiblere Arbeitszeiten sowie eine verlässliche Regelung zur Altersteilzeit. Hintergrund der Proteste sind die wachsenden Preissteigerungen und die unbesetzten Stellen, die die Beschäftigten stark belasten. Schätzungen zufolge fehlen im öffentlichen Dienst etwa 500.000 Mitarbeiter.

Forderungen und Herausforderungen im öffentlichen Dienst

Michael Goerdel, Personalrat der Kreissparkasse Verden, betonte das Recht auf faire Entlohnung, während Bianca Schlemmer, eine Krankenschwester und Betriebsrätin, die mangelnde Attraktivität der Arbeitsbedingungen hervorhob. Zudem wiesen die Streikenden auf die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Arbeitszeiten und Betreuungszeiten in Kitas hin, sowie auf die Überbelegung auf Stationen und den Mangel an Hilfskräften.

Die streikenden Beschäftigten signalisierten ihre Kampf- und Streikbereitschaft für zukünftige Verhandlungen. Fabian Wagner und Susanne Hylla äußerten Skepsis über eine schnelle Einigung in den bevorstehenden Tarifgesprächen.

Währenddessen wurde in Sachsen-Anhalt zu einem Warnstreik aufgerufen, der die Schließung von Kitas und Horten sowie Einschränkungen bei der Müllabfuhr zur Folge hatte. In den betroffenen Städten, darunter Halle und Magdeburg, versammelten sich mehrere Hundert Teilnehmer zu einer Kundgebung. Auch dort fordern die Gewerkschaften eine Gehaltserhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro zusätzlich monatlich sowie drei zusätzliche freie Tage. Die Verhandlungen in Potsdam sind für den 17. Februar 2025 geplant, wobei die Arbeitgeberseite noch kein Angebot unterbreitet hat, und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Forderungen als „nicht tragbar“ abgelehnt hat, wie die **Zeit** berichtete.

Details	
Vorfall	Messerangriff, Notfall
Ursache	mutmaßlicher Anschlag
Ort	Verden, Deutschland
Verletzte	28
Quellen	• www.kreiszeitung.de • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de